



I Berlin

Industrie 4.0 – Gute Arbeit in der digitalisierten Arbeitswelt

Die industrielle Arbeitswelt befindet sich in einem Prozess des Wandels. Die zunehmende Digitalisierung verändert Tätigkeiten im Büro und in den Fabrikhallen. Auch in den Betrieben beginnen sich die Einflüsse von Industrie 4.0 in Form von Umsetzungsprojekten, neuen Service-Modellen oder „Modellfabriken“ immer deutlicher zu zeigen. All dies wirkt sich auf die Industriearbeit aus und wirft die Frage nach Richtungen, Zeithorizonten, Beschäftigungsperspektiven, besonders betroffenen Tätigkeiten oder Qualifikationsgruppen auf.

Diese Fragen müssen wir beantworten, wenn wir den urgewerkschaftlichen Anspruch „Die Maschine dient dem Menschen und nicht umgekehrt“ verwirklichen wollen. Gelingen wird uns dies nur gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf dem Feld der Gestaltung von Arbeit und Technik. Wir müssen jetzt eine grundsätzliche Übereinkunft erreichen, so dass die digitalen Technologien zum Nutzen von vielen in Betrieb und Gesellschaft integriert werden müssen.

Damit aus technischem Fortschritt gesellschaftlicher Fortschritt werden kann, muss es nun darum gehen, möglichst viele Menschen an der Gestaltung digitaler Arbeitswelten zu beteiligen.

Erstens: Die IG Metall hat maßgeblich dazu beigetragen, die Industrie 4.0-Debatte aus der cyber-physikalischen Ecke herauszuholen und das Thema Arbeit der Zukunft in den Blickpunkt zu rücken. Das war ein erster wichtiger Schritt. Nun wollen wir im Betrieb gemeinsam mit den Beschäftigten Arbeits- und Technikprozesse gestalten. Dafür brauchen wir Forschungsressourcen, aber auch Ingenieure und Informatiker, die motiviert und kompetent sind, Technologien menschengerecht im engen Austausch mit den Beschäftigten zu entwickeln. Kurzum: Industrie 4.0 braucht Arbeit 4.0, mit der die Beschäftigten in das Zentrum aller Veränderungs-Prozesse rücken. Das auszusprechen, fällt vielen leicht, das anzuerkennen, fällt vielen schwer.

Zweitens: Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände, Politik und Wissenschaft müssen die Digitalisierung der Arbeitswelt als gemeinsames Zukunftsprojekt im Rahmen einer allgemeinen Innovationsstrategie erkennen, die Beiträge zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Fragen bietet. Hierdurch ergeben sich für den Industriestandort Deutschland neue Chancen, seine Stärken auch in Zukunft auszuspielen.

Drittens: Entscheidend ist, dass die Mitbestimmung als Gestaltungselement in den Unternehmen gestärkt wird. Nur wenn IG Metall, Betriebsräte und Beschäftigte die Arbeitswelt der Zukunft mitgestalten, wird die industrielle Wertschöpfung hierzulande human und nachhaltig profitabel statt rein profit- und technikzentriert sein.

Viertens: Auf dem Weg in die digitalisierte Arbeitswelt bedarf es einer nachhaltigen Bildungspolitik, die für die Menschen gestaltet wird. Gerade Erstausbildung und Weiterbildung sind von zentraler Bedeutung.

Fünftens: Der Beschäftigtendatenschutz wird künftig eine große Herausforderung darstellen. Die heutige Rechtslage muss weiterentwickelt werden. Arbeitnehmerrechte in der digitalen Arbeitswelt müssen gestärkt werden.

„Industrie 4.0“ und Berliner Industriepolitik

„Industrie 4.0“ ist auch in Berlin ein Megathema. Es gibt neue Arbeitskreise und verschiedene Initiativen, die sich mit dem Thema befassen. Es entsteht aber vielfach der Eindruck, es gäbe eine gänzlich neue Ausgangslage in der Berliner Industriepolitik. Ohne Zweifel liefern die „Industrie 4.0“-Initiativen wichtige Impulse für die Berliner Wirtschaft. Zugleich ist eine notwendige Förderung von industriellem Wachstum und damit die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Berlin - nach wie vor - weit mehr als reiner Technologietransfer zwischen Start-ups und kleineren Betrieben oder Handwerksunternehmen.

Die im Konsens von Politik, Gewerkschaften, Verbänden und Hochschulen erarbeitete Hauptaussage der vergangenen Jahre war: Berlin braucht eine starke, innovative Industrie als **Motor der Wirtschaftsentwicklung**. Und ebenso wichtig ist: Nicht nur Neuansiedlungen stehen im Zentrum einer Wachstumsstrategie, sondern die gezielte **Unterstützung der Innovationskraft** vorhandener vor allem **mittlerer und größerer Betriebe**, um **Ausstrahlungseffekte** in die gesamte Berliner Wirtschaft freizusetzen.

Hamburgs Industrie ist zum Beispiel im Vergleich über ein Viertel größer und prägt die Wirtschaftsstruktur, zieht hochwertige Dienstleistungen nach und sorgt so im Ergebnis dafür, dass Hamburg eine deutlich höhere Wirtschaftskraft hat. Entsprechend größer ist das Steueraufkommen und das eröffnet der Politik größere **Gestaltungsspielräume** für eine dynamische, soziale – ja, auch smarte - Stadtentwicklung.

Berliner Chancen

Berlins Hauptchance im Aufholprozess liegt im **vorhandenen Fachkräftepotenzial**. Die Bedeutung von gut ausgebildeten Fachkräften und Akademikern wird in den nächsten Jahren stetig zunehmen. Berlin bildet an den Hochschulen viele akademische Fachkräfte aus, die immer **noch zu selten in Berlin oder der Hauptstadtregion einen attraktiven Industriearbeitsplatz finden**. Was hier als Problem benannt wird, beinhaltet auf der anderen Seite eine **große Chance**: Die starken industriellen Wirtschaftsräume (Stuttgart, München bis Regensburg oder im Norden Hamburg) sind bereits heute empfindlich vom Fachkräftemangel betroffen. Berlin hat hier noch Luft und das ist ein großes Plus für eine dynamische Industrieentwicklung. Darüber hinaus muss die **Qualifizierung auf allen Ebenen** gestärkt werden. Eine systematische Berufsorientierung an den Schulen, ein deutlicher Ausbau der dualen Verbundausbildung und die Ausweitung dualer Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte sind wesentliche Bestandteile für eine Berliner Zukunftsstrategie.

Standortvorteile systematisch nutzen – Kooperation stärken

Zahlreiche Betriebsräte, Geschäftsführer, Forschungs- und Entwicklungsleiter, Personalleiter, Hochschulprofessoren und Forscher betonen, dass die **Bereitschaft zur intensiven Kooperation** vorhanden ist. Mehr Werkstudierende, mehr und vor allem gut betreute Abschlussarbeiten, ein deutlich größeres Volumen an Auftragsforschung, Forschungs- oder Verbundkooperationen sollen realisiert werden. Das wird die Bindung zwischen Industriebetrieben und Hochschulen, aber auch zwischen Anbietern und Anwendern von digitalen Lösungen nachhaltig stärken und den Ausbau vernetzter Wertschöpfungsketten erleichtern.

Die Ressourcen, die Berlin hat – insbesondere die Hochschulen und die Forschungseinrichtungen –, werden bisher nur teilweise für eine dynamische Industrieentwicklung ausgeschöpft. Um die Kooperation zu verbreitern, ist eine **deutlich intensivere Vermittlungsarbeit** zwischen innovativen Industriebetrieben und den Hochschulen notwendig. Dies ist eine zentrale Aufgabe der Industriepolitik der nächsten Jahre.